

aufstehen

B A S I S

Die „Spaltung der Gesellschaft“ aufgrund finanzieller und sozialer Ungerechtigkeit gab es nach Auffassung der Mitglieder der Basis-Vernetzungskonferenz schon vor Corona (SARS-CoV-2/Covid-19). Die Corona-Politik der Regierung verschärft diese Spaltung durch ihre teilweise unverhältnismäßigen und grundrechtswidrigen Maßnahmen sowie durch die ständige Angst- und Panikmache in der Presse etc.

Wir Teilnehmer der Basis-Vernetzungskonferenz fordern eine bessere Unterstützung für die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung – oft fälschlich als sozial Schwache bezeichnet – bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Krise, die sich neben zahlreichen Todesfällen und schweren Verläufen vor allem im sozialen Bereich niederschlägt. Dies betrifft unter anderem die Anpassung der Löhne, Gehälter bzw. die Grundsicherung und die Sozialhilfe. Leidtragende sind häufig die Geringverdiener in kleinen Wohnungen und mit ausfallenden Einnahmen (Kurzarbeitergeld, wegfallende Nebenjobs etc.) sowie Kulturschaffende und Kleinunternehmer in Handel und Gastronomie. Daher fordern wir, dass coronabedingte Schutzmaßnahmen wie FFP2-Masken und Schnelltests für alle Menschen kostenfrei sein müssen. Die Erhöhung der Mindestsätze muss mindestens die Inflation ausgleichen und eine wenigstens kleine Verbesserung darüber hinaus beinhalten.

Wir distanzieren uns von Diffamierung und Gewalt gegen Menschen, die zur Einhaltung von Abständen, Hygieneregeln und Maskenpflicht mahnen, sowie von Beschimpfung, Gewalt und Gewaltaufrufen gegen Polizisten, Politiker, Impfähzte oder Virologen.

Wir distanzieren uns von sozialdarwinistischen Behauptungen, dass die Corona-Opfer ihr Schicksal selbst durch ungesunden Lebenswandel verursacht hätten und der Relativierung des Holocausts durch Judensternvergleiche.

Wir distanzieren uns aber auch ganz deutlich von der Hetze gegenüber denjenigen, welche sich kritisch zu den Corona-Maßnahmen oder gegen die angedachte Impfpflicht äußern. Die Demonstrant*innen haben berechnete Ängste und versuchen auf der Straße oder in diversen Foren ihre Meinung zu den allgemeinen Geschehnissen kundzutun. Ansonsten haben sie kaum eine Möglichkeit dazu, da sie häufig im Beruf oder im privaten Kontext mit Ausgrenzungen und Diffamierungen zu rechnen haben. Ebenso schlagen ihnen mediale Verunglimpfungen wie „Covidioten“ und „Schwurbler“ entgegen. Zudem werden sie leichtfertig mit Begriffen wie beispielsweise Corona-Leugner, Impfgegner, Rechte oder Verschwörungstheoretiker tituliert. Begriffe wie „Querdenker“ – ein ursprünglich positiver Begriff im Sinne des Wortes – werden plötzlich negativ bewertet.

Diese Situation führt zu einer extremen Polarisierung bis hinein in den Freundeskreis oder gar in die Familie. Sinnvolle „Graustufen“ in den Positionierungen und Handlungen werden kaum noch zugelassen.

Beachtenswert ist, dass beispielsweise selbst das Paul-Ehrlich-Institut mittlerweile eine große Anzahl erheblicher Nebenwirkungen, dauerhafter Gesundheitseinschränkungen sowie Invalidität bis hin zu Todesfällen als möglicherweise oder wahrscheinlich in direktem Zusammenhang mit einer Corona-Impfung auftretend bewertet. Es ist überdies zu befürchten, dass die offiziell gemeldeten und in den Datenbanken bereits erfassten Fälle den tatsächlichen Umfang der Auswirkungen der Massenimpfungen erst zu einem geringen Teil wiedergeben.

Eine allgemeine Impfpflicht hätte zur Folge, dass weitere Menschen, darunter auch junge und völlig gesunde, durch die Impfung eventuell schwere Impfschäden davontragen oder sogar versterben könnten. Dies kann auch nicht dadurch aufgewogen werden, dass mehr Menschen, besonders Ältere, durch die Impfung gerettet werden. Der Staat hat nicht das Recht, Menschen zu töten, um Menschen zu retten (vgl. BverfG 2006). Zu hinterfragen ist außerdem der Sinn einer Impfpflicht für

Genesene. Inzwischen ist weitgehend bewiesen, dass Genesene einen viel besseren Schutz haben als Geimpfte.

Einer Impfpflicht auf Basis zuvor genannter Aspekte – im Anhang befinden sich weitere Argumente – zuzustimmen, ist sachlich unbegründet und wissenschaftlich nicht haltbar. Bei den angedachten gruppenspezifischen Impfpflichten ist mindestens zu bedenken, dass in ohnehin schon schwach besetzten Berufen und Einrichtungen weitere Personen ausscheiden werden.

Die genannten Sachverhalte erlauben erst recht keine autoritären Entscheidungen, Grundrechte zu beschränken oder gar auszusetzen, geschweige denn über längere Zeiträume.

Jeder sollte das Recht haben, den Nutzen und Schaden für sich selbst abzuwägen. Eine DEMOKRATISCHE und humanitäre Gesellschaft muss in der Lage sein, andere Meinungen zu akzeptieren. Auch da in der Europäischen Union in absehbarer Zeit voraussichtlich weitere Heilmittel auf den Markt kommen.

Statt einer Impfpflicht sollte eine allgemeine Testpflicht sowie Schutzmaßnahmen wie Abstandsregeln, Hygieneregeln, Maskenpflicht und bestimmte Kontaktverbote, soweit wissenschaftlich begründet, konsequent durchgesetzt werden.

Die Erfassung von Impfschäden sollte anonymisiert werden. An die dazu bereitzustellenden Systeme sind höchste Sicherheitsstandards anzulegen.

Wir Mitglieder der Basis-Vernetzungskonferenz der Sammlungsbewegung *aufstehen* sprechen uns mehrheitlich **GEGEN eine allgemeine Corona-Impfpflicht aus!**

(Stand: 01.02.2022)

Anhang

Die Impfpflicht ist mindestens aufgrund der folgenden Punkte äußerst strittig:

1. Sämtliche Impfstoffe haben noch keine reguläre Zulassung. Die jetzige Ausnahmesituation führte zu Ausnahmezulassungen. Eine Impfpflicht wäre nur mit regulär zugelassenen Impfstoffen überhaupt erst denkbar.
2. Impfstoffe sollten keine Ansteckungen anderer erlaubende „Immunität“ herbeiführen, was alle bisher bekannten Corona-Impfstoffe „nicht“ leisten. Demzufolge unterbinden sie nicht die Weiterverbreitung des Virus. Die Anzahl der „Impfdurchbrüche“ ist wesentlich höher als zu Beginn der Impfungen erwartet. Nach wie vor gibt es keine komplette Auflistung von Inhaltsstoffen der einzelnen Corona-Impfstoffe.
3. Impfstoffe sollten in der Regel langfristig immunisieren, was alle bisher bekannten Corona-Impfstoffe ebenfalls nicht leisten. Gegenwärtig wird lediglich der kurzfristige Schutz vor schweren Krankheitsverläufen angenommen. Die angegebene Dauer des Schutzes wurde bereits mehrfach verkürzt (derzeit auf 3 Monate). In diesem Zusammenhang ist es unzumutbar, dass sich geimpfte Personen immer weiter impfen bzw. „boostern“ lassen müssen, was eine hohe Belastung für das Immunsystem bedeutet. Mit jeder weiteren Impfung wird der Impfschutz schwächer!
4. Es gibt weder Langzeitstudien noch Studien zu Wechselwirkungen dieser unter Eile entwickelten Corona-Impfstoffe, die eine völlig neue, unerprobte Technologie repräsentieren und deren Nebenwirkungen nicht ausreichend erforscht sind. Diesbezüglich ist es vollkommen inakzeptabel, dass die Pharmaindustrie von der Haftung für unbekannt Langzeitfolgen in Verträgen freigestellt ist.
5. Es mangelt an Informationskampagnen und lebensbegleitender Aufklärung zur Stärkung des natürlichen Immunsystems. Diese werden zulasten der Gesundheit der Bevölkerung, dafür aber zum Wohl der Profiteure bei „Big Pharma“ etc. nur in viel zu geringem Maße vermittelt.
6. Die Problemlage bei Intensivbetten ist aufgrund der Profitgier der gewerblichen Betreiber politisch herbeigeführt worden durch Maßnahmen der „Effizienzerhöhung“ im zunehmend privatisierten Gesundheitswesen. Ihr Abbau wurde mit Beginn der Pandemie nicht gestoppt, was auch damit zusammenhängt, dass der Staat gegenüber privatisierten Krankenhäusern kein Weisungsrecht hat. Eine Überlastung der Intensivbetten und infolgedessen des Gesundheitswesens wegen Corona-Patienten konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Nun kommen stillgelegte Intensivbetten hinzu, weil Personal für diese Berufsgruppen infolge der politischen Zuspitzung und Polarisierung zugunsten von Zwangsimpfungen die Arbeit niederlegt oder gar ausscheidet.